



Marktwirtschaftliche Spielregeln diskutieren – die Wirtschaftsordnung aber nicht auf den Kopf stellen

Hartmut Schauerte MdB,
Landesvorsitzender der MIT NRW

Leitanträge haben es manchmal in sich und manches Mal beschreiben sie ohnehin Bekanntes. Selten konzentrieren sich Leitanträge zu Parteitag auf das eigentliche Thema. Parteitagsbeschlüsse tendieren dazu, in viele andere politische Themenfelder abzuschweifen, die sicherlich auch wichtig zu diskutieren wären und die es auch richtig zu entscheiden gilt. Parteitagsbeschlüsse sind aber vor allem wichtig, um zu sehen, worauf die Partei sich beruft, wohin sie tendiert und in welche Richtung die zu erwartenden politischen Weichenstellungen gehen werden. Dies sind die wichtigsten Grundannahmen, die es vor Parteitagsbeschlüssen zu beachten gibt.

Wirtschaftskrise, Wertekrise in der Wirtschaft, Ängste um die generelle und eigene soziale Sicherheit angesichts drohender Arbeitsplatzverluste und weg brechender Aufträge, führen schon fast zwingend dazu, dass man über die Soziale Marktwirtschaft auch in der Christlich Demokratischen Union diskutiert muss.

Die CDU steht für die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung in Deutschland wie keine andere Partei. Es ist richtig, dass wir auf den Spuren von Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Armak und Ludwig Erhard immer wieder den Kopf heben, um Orientierung zu suchen und zu sehen, in welche Richtung die Fahrt führt.

Allzu leicht wird aus Unklarheiten und Verallgemeinerungen in den alltäglichen Äußerungen von Politikern über Risikoschirme und Staatseinstieg, über Stützungsmaßnahmen und Konjunkturprogramme eine Unsicherheit über die Ordnung selbst. Genau deswegen sollten wir beim CDU-Landesparteitag am 9. Mai in Essen klare Aussagen treffen, wie wir uns die Soziale Marktwirtschaft aus unserem christlich-demokratischen Blickwinkel vorstellen.

Dabei haben wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, die sich selbst als Gewissen der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards in der CDU versteht, vieles Richtige im Entwurf des Leitantrages gefunden. Die Überlegungen zu Regelungen auf den Weltfinanzmärkten gehen in die absolut richtige Richtung, bedürfen aber auch Ergänzungen zu Haftungs- und Aufsichtsfragen sowie zu kartell- und wettbewerbsrechtlichen Veränderungen. Die Formulierungen zum Thema „Leistung muss sich lohnen“ stimmen, sollten aber noch um die mittelfristige Zielsetzung „Mehr Netto vom Brutto“ erweitert werden. Eine Politik der Solidarität und neuen Sicherheit kann nur auf den Grundlagen von unternehmerischem Erfolg und verantwortungsvollem aber freiem Gewinnstreben erarbeitet werden. Für unternehmerisches Gewinnstreben muss man sich nicht entschuldigen, auch und erst recht nicht in einem ordnungspolitischen Grundsatzpapier der CDU. Märkte sind keine sozialen Instanzen, sie sind aber auch nicht das Übel per se. Sie sind ganz einfach der Ort an dem fairer Wettbewerb ausgeht.

Diese und viele andere Aspekte hat unsere Antragskommission unter Leitung von Dr. Thomas Köster diskutiert und in eine ganze Reihe von Anträgen der MIT NRW an den Landesparteitag gegossen. Dabei finden sich viele redaktionelle Anregungen, die den Duktus und die Wortwahl betreffen, aber auch konkrete inhaltliche Anträge, wie zum Beispiel zu Haftungsregelungen von Mana-



gern, zu Wertberichtigungen bei Firmenübernahmen durch Aktientausch oder zu von uns angestrebten Veränderungen bei der Unternehmenssteuer. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW wird mitdiskutieren am

+++ Termine +++ Termine +++

25./26.04.2009

3. Gewerbeschau der MIT Oelde
Gewerbegebiet am Landhagen,
ab 10.00 Uhr

09.05.2009

**30. Landesparteitag der CDU
Nordrhein-Westfalen**
Messe Essen

12.09.2009

u.a. mit dem hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch
12. Landesdelegiertentagung der MIT
mit angeschlossener Wirtschaftsschau,
Stadthalle Rheine, ab 9.30 Uhr

Viele weitere Termine finden Sie auf unseren Internetseiten www.mit-nrw.de.

+++ Termine +++ Termine +++

Fortsetzung von Seite 1

9. Mai. Denn auch und gerade wir wollen Sicherheit für Unternehmer und Angestellte. Wir wollen Berechenbarkeit und Klarheit der Ordnungspolitik der Union und wir wollen vor allem beide Seiten der Medaille - soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft. Nur so können wir als Union die „Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft sichern“ und gleichzeitig eine faire und dynamische Gesellschaft jenseits von Gleichmacherei gestalten. ■

MIT Oelde

Traditioneller Jahresempfang

Über 50 Mitglieder konnte der Vorsitzende der MIT Oelde, Dr. Hartmut Schütte, begrüßen. Darunter waren auch der NRW-Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Karl-Josef Laumann, die stellvertretende Landrätin Susanne Festge, Reinhold Sendker MdL, der Oelder Bürgermeister Helmut Predeck und die Leitung des Marienhospitals Dr. Klaus Welslau und Dr. Stephan Pantenburg. Der Vortrag des Ministers stand unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft – NRW, das Land der neuen Chancen“. Ein wichtiger Punkt ist dabei die Förderung der kommenden Generation. 38 Prozent der Kinder, die in diesem Jahr eingeschult werden, haben Eltern, die selbst nie eine deutsche Schule besucht haben. Wie schwierig muss es für diese Eltern sein, ihre Kinder zu fördern und zu unterstützen. Ganztagsbetreuung und Hausaufgabenhilfe sind Punkte, die helfen können, die Talente dieser Kinder zu entwickeln. Dabei soll nicht nur gefördert sondern auch gefordert werden. Das kostet Geld. Im Anschluss an die Veranstaltung fuhr der Minister mit den Mitgliedern des Marienhospitals, Chefarzt Dr. Klaus Welslau, Dr. Stephan Pantenburg, Bürgermeister Helmut Predeck und dem Vorsitzenden des Kuratoriums Herrn Dr. Reinhold Festge zur Besichtigung des Krankenhauses.



Von Links: Dr. Hartmut Schütte, Karl-Josef Laumann, Reinhold Sendker MdL

Personen/Vorstände

Lutz Lienenkämper MdL neuer Minister für Bauen und Verkehr des Landes NRW

Lutz Lienenkämper MdL, bisheriger wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, ist seit dem 4. März neuer Minister für Bauen und Verkehr des Landes NRW. Damit trat der 39-jährige Rechtsanwalt aus Meerbusch die Nachfolge von Oliver Wittke an. Dieser war von seinem Ministeramt zurückgetreten, da er sich aufgrund eines Verkehrsvergehens nicht mehr in der Lage sah,



seiner Vorbildfunktion nachzukommen. Lienenkämper, der sich seit vielen Jahren in der MIT NRW engagiert und als kooperiertes Mitglied des Landesvorstandes Leiter des Arbeitskreises freie Berufe ist, hat in seiner Funktion als wirtschaftspolitischer Sprecher so wichtige Themen wie die Energieeffizienz oder erst kürzlich das Gesetz für mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen vorangebracht. Er schwor, als Minister den Nutzen des Volkes zu mehren – „so wahr mir Gott helfe“. Die MIT NRW wünscht ihm für sein neues Amt viel Erfolg und ein glückliches Händchen!

Dr. Christoph Konrad MdEP zum Oberst der Reserve befördert

Der Bochumer Europaabgeordnete und Oberstleutnant der Reserve Dr. Christoph Konrad ist in Berlin von Bundesverteidigungsminister Dr. Jung persönlich zum Oberst der Reserve befördert worden. Nach verschiedenen Truppen- und Stabsverwendungen seit 1978 ist Konrad seit Mai 2008 in der Personalreserve auf einem Generalstabsdienstposten als Leiter der Abteilung G3 „Planung“ im Divisionsstab der 1. Panzerdivision in Hannover beordert. Verteidigungsminister Jung unterstrich Konrads langjähriges Engagement als Brückenbauer sowohl zwischen der europäischen und der nationalen als auch zwischen der politischen und militärischen Ebene. Diese Verbindungen seien nicht zuletzt vor dem Hintergrund der heutigen globalen Herausforderungen für Politik und Streitkräfte immer wichtiger.



Von Links: Verteidigungsminister Dr. Franz-Josef Jung beförderte Dr. Christoph Konrad MdEP zum Oberst d.R.

„Die heutige Beförderung ist für mich eine Bestätigung, vor allem aber ein Ansporn“ erklärt Konrad. Für Reserveoffiziere ist „Oberst“ der höchste erreichbare Dienstgrad.

Neuer Kreisvorsitzender in Aachen Land

Neuer Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung in Kreis Aachen ist Dr. Franz-Josef Wedemeyer. Der 54jährige aus Baesweiler leitete dort schon seit 2006 den Stadtverband und übernimmt nun den Kreisvorsitz von Horst Zimmermann.

MIT Oelde bestätigt Vorsitzenden

Dr. Hartmut Schütte wurde im Rahmen einer Mitgliederversammlung als Vorsitzender der MIT bestätigt. Stellvertreter sind Henning Siebert und Dino Lilge, der auch die Funktion des Schatzmeisters übernimmt. Schriftführer ist Burkhard Urban, sein Stellvertreterin Ulrike Barg. Die Beisitzer im Vorstand sind Bernd Lütke-Dörhoff und Friedhelm Wirxel.



Von Links: Burkhard Urban, Dino Lilge, Bernd Lütke-Dörhoff, Friedhelm Wirxel, Ulrike Barg, Hartmut Schütte, Reinhold Sendker MdL, Henning Siebert und Bürgermeister Helmut Predeck.

++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++

Der deutsche Mittelstand braucht immer mehr den direkten Draht nach China

Der Wirtschaftsaustausch mit China ist ein wichtiger Faktor, der es dem Mittelstand erlaubt, neue Märkte zu ergünden und somit einen potenziellen Weg aus der aktuellen Krise zu finden. Dabei muss die Förderung des Austausches zwischen China und Deutschland mit besonderem Augenmerk auf den Ressorts Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung sowie auf das öffentliche Gesundheitswesen und die Völker-



Paul Eisenberg, Generalsekretär der DCTA Stiftung

verständigung geschehen. Kaum etwas schreckt einen deutschen Investor mehr ab als kulturelle Unterschiede und sprachliche Barrieren, die den Anschein erwecken, eine erfolgreiche Etablierung im fernen Markt und der Aufbau eigener Strukturen sei kaum zu realisieren. Dabei können diese Hürden überwunden und neue unternehmerische Horizonte erschlossen werden. Wichtig ist es, sich mit professioneller Hilfe einen Überblick über die wissenschaftlichen, wirtschaftlichen

und kulturellen Gegebenheiten zu verschaffen. Erfahrungsaustausch und Meinungsdialog zum Ausbau der Völkerverständigung und zur Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit sind dabei den unternehmerischen Erfolg befördernde Nebeneffekte. Ein wichtiges Instrument hierzu sind thematische Reisen, Veranstaltungen und Fachgespräche für Regierungsvertreter sowie für Mitarbeiter von Behörden und Unternehmensvertreter beider Länder.

Wir als Deutsch-Chinesischer Technologieaustausch (DCTA) Stiftung kooperieren zum Beispiel im medizinischen Bereich mit rund 1.200 Krankenhäusern aus 21 chinesischen Provinzen. Der gegenseitige Arztaustausch und die Einführung von deutschen Qualitätsstandards in der Volksrepublik sind hierbei wichtige Projekte für beide Seiten. Die jüngst angekündigte Gesundheitsreform der chinesischen Regierung mit geplanten Ausgaben von rund 95 Milliarden Euro für die Jahre 2009 bis 2011

gibt auch deutschen Unternehmen neue Impulse. Es eröffnen sich Potenziale sowohl für deutsche Kliniken, als auch für mittelständische Unternehmer im Bereich der medizinischen Ausrüstung. Hier erleichtert unsere unterstützende Begleitung deutschen Partnern beim Eintritt in den chinesischen Gesundheitssektor und bei Folgeprojekten die Kooperation mit Gesundheitsbehörden vor Ort. Für viele Mittelständler heißt es dabei: „Keine Scheu, sich Rat zu holen. Keine Hemmungen, auch exotisch anmutende Märkte wie China zu erkunden.“ Denn deutsche Unternehmen sind dort nach wie vor als Partner gefragt und beliebt.

Die 2008 gegründete Deutsch-Chinesischer Technologieaustausch (DCTA) Stiftung hat ihren Sitz in Düsseldorf (Sternstraße 67, 40479 Düsseldorf, Tel.: 0211-99541673, Fax: 0211-99541676). Die gemeinnützige Stiftung öffentlichen Rechts unterhält eine Filiale in Beijing und fördert durch Austauschprojekte den wirtschaftlichen und kulturellen Kontakt zwischen China und Deutschland.

MIT Kreis Aachen-Land

Unternehmern sprechen Klartext angesichts der Krise

„Finanzierung der mittelständischen Unternehmen in der Finanzkrise: Spielen die Banken mit?“ so lautete der Titel einer MIT-Veranstaltung im Kreis Aachen-Land. Derzeit spüren einer Erhebung der Industrie- und Handelskammer Aachen zufolge 75 Prozent der Betriebe noch keine Auswirkungen der Finanzkrise, sagte IHK-Präsident Bert Wirtz bei der vom MIT-Vorsitzenden Horst Zimmermann moderierten Diskussion. IHK-Hauptgeschäftsführer Jürgen Drewes sah die Gründe für die derzeit noch gute Lage des Mittelstandes in dem hohen Finanzierungsanteil durch Sparkassen und Volksbanken sowie darin, „dass die Unternehmen ihre Hausaufgaben gut gemacht haben“. Allerdings: „Wenn der Weltmarkt ihre Produkte nicht abnimmt, bekommen sie auch Probleme. Das sah Sparkassen-Vorstand Hubert Herpers vor den 60 Unternehmern auch so. Der Mittelstand sei noch nie so stark in eine Rezession

gegangen, die Eigenkapitalquote liege bei 14,4 Prozent. „Aber damit ist man noch nicht über den Berg.“ Die Frage, ob das Konjunkturpaket des Bundes schnell positive Effekte zeigen wird, beurteilten die Mittelständler – anders als der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Brandt – eher skeptisch. Zumal die öffentliche Hand als Auftraggeber alles andere als vorbildlich agiere, etwa was die Zah-

lungsmoral angehe. Viele Kommunen ließen sich viel Zeit mit der Begleichung von Rechnungen, was manch einen Mittelständler in Schwierigkeiten bringen könne. „Aber das Finanzamt fordert von uns sofort die Umsatzsteuer ein, und wir müssen das alles vorfinanzieren“, klagten einige und forderten Brandt auf, sich für eine Veränderung der Besteuerung einzusetzen.



Von Links: Bert Wirtz, Jürgen Drewes, Hubert Herpers, Helmut Brandt MdB, Helmut Etschenberg, Horst Zimmermann und Herbert Weisskirchen.

MIT Rheinisch-Bergischer Kreis

Schauerte bei Automobilzulieferer: „Politik muss in den Märkten neues Vertrauen wecken“

Dr. Heiner Fröling, Kreisvorsitzender der MIT im Rheinisch-Bergischen Kreis, hätte den Besuchstermin des MIT-Landesvorsitzenden, Hartmut Schauerte MdB, nicht passender wählen können. Über 60 Interessierte Unternehmer begleiteten die MIT-Delegation und den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Schauerte bei seinem Rundgang durch das Press-



Von Links: Dr. Heiner Fröling, Hartmut Schauerte MdB und Dr. Gyula Meleghy, Vorstand Europa und Asien bei Tower Automotive

werk und das Tech-Center der Tower Automotive in Bergisch-Gladbach. Das Unternehmen, das dort seine deutsche Hauptverwaltung hat und mit über 200 Mitarbeitern tätig ist, ist ein globaler Anbieter von Zulieferteilen für die Automobilindustrie. Hartmut Schauerte diskutierte vor dem Hintergrund der beeindruckenden und hoch automatisierten Fertigung, die den Besuchern präsentiert wurde, mit den Gästen und Vertretern der Firma über die aktuelle Lage. Er betonte dabei, dass die Stützungsmaßnahmen für die Banken essentiell für die Stabilität des Finanzkreislaufes und deshalb alternativlos waren. Er machte auch deutlich, dass nun natürlich die Eruptionen der Finanzmarktkrise deutliche Auswirkungen auf die Wirtschaft zeigen würden und die Probleme auch und vor allem im Bereich der Automobilindustrie und anderer exportorientierter Güter in diesem Jahr auch noch deutlicher ausfallen könnten als bislang. Trotzdem sei der Standort Deutschland grundsätzlich gut aufgestellt und werde gestärkt aus der Krise hervorgehen. „Weil die meisten unserer Unternehmen ihre

Hausaufgaben in den vergangenen fünf bis zehn Jahren gemacht haben, werden wir auf den Weltmärkten auch wieder Lokomotivfunktionen wahrnehmen können, sobald der konjunkturelle Einbruch zum Stehen kommt“, prognostiziert Schauerte. Bis dahin müsse der Staat aber klug und flexibel agieren. Schauerte: „Der Staat ist nicht der weiße rettende Ritter für Unternehmen ohne erfolgversprechendes Geschäftsmodell. Der Staat ist nur dann in der Lage, zum Beispiel mit Bürgschaften zu helfen, wenn es sich um konjunkturelle Probleme handelt und wenn die Eingriffe weder auf die Preisfindung am Markt noch auf den Wettbewerb insgesamt durchgreifend einwirken.“ Abschließend machte Schauerte auch klar, wie sich die kommenden Wahlscheidungen auf das Vertrauen in der Wirtschaft auswirken würden: „Kommt eine bürgerliche Koalition von CDU und FDP, so bleibt auch die Hoffnung auf eine Gesundung. Käme ein Linksbündnis von SPD, Kommunisten und Ökos, so befürchte ich Schlimmes für den Standort und für die Investitionsbereitschaft im Land.“

MIT Bezirk Niederrhein

Im Gespräch mit der Niederrhein Tourismus GmbH

Michael Darda, Vorsitzender der MIT im Bezirk Niederrhein, ist seit langer Zeit ein Verfechter des touristischen Gedankens in der Region: „Gezielte Ausgaben für den Tourismus sind kein verlorenes Geld, sondern eine Investition, die sich im Zeitverlauf rechnet und bezahlt macht“. Günter Stammes, Vorsitzender der MIT im Kreis Viersen, ergänzt: „Der Niederrhein muss als touristisches Ziel verstanden werden. Dabei ist es unerheblich, ob der Gast in Willich, in Neukirchen-Vluyn, in Rees oder in Krefeld übernachtet“. Der MIT Bezirksvorstand hatte deshalb den Geschäftsführer der Niederrhein Tourismus GmbH, Rolf Adolphs, eingeladen und weil es ein Thema für die Zukunft ist, nahm auch gleich der Bezirksvorstand der JU unter Vorsitz von Thomas Selders teil. Die Gesellschafter der Niederrhein Tourismus, die Stadt Krefeld und die Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Kreise Kleve, Viersen und Wesel, stellen 200.000 Euro pro Kalenderjahr als Betriebsmittel bereit. Auf die vier touristischen Kern-Kompetenzen des Niederrheins – Natur, Landschaft, Radfahren und Kultur legt die Werbung den Schwerpunkt. Apropos Werbung:



Von Links: Michael Darda, Rolf Adolphs und Thomas Selders diskutierten über Niederrheintourismus

„Mit den bisherigen Mitteln lässt sich ein vernünftiges Marketingkonzept nicht realisieren“ so Adolphs. „Ich bin froh, dass die Gesellschafter sich bereiterklärten, für die Jahre 2008 bis 2010 400.000 Euro pro Jahr in die Hand zu nehmen und überregionale Werbung zu ermöglichen. Ende 2008 lagen die Übernachtungen bei rund 2.040.000. Die Wirtschaftskraft des Tourismus im Gebiet der Gesellschafter liegt bei geschätzten 870 Mio. Euro. Davon kommen den Kommunen auf verschiedenen Wegen 2,5 % zu Gute. Das sind immerhin 22 Mio. Euro.

MIT und JU:

Auch im Bezirk Niederrhein eine enge Zusammenarbeit

An diversen Stellschrauben lässt sich festmachen, dass die Junge Union und die MIT in vielen politischen Zielen übereinstimmen. Das hat sich nicht nur bei der Aufstellung der Leipziger Beschlüsse vom Herbst 2003 sehr klar herausgestellt. Der Grund liegt auf der Hand. Die Junge Union hat Sorge um die Zukunft der Republik. Die Gefahren, die da lauern, (Staatsverschuldung, Überversorgung, Reglementierungen, Arbeitsplatzangst, Gier der Konzernchefs und der Bankenmanager, um nur einige zu nennen) sind die gleichen Gefahren, die die Verantwortlichen in der MIT seit Jahren, ja, seit Jahrzehnten an den Pranger stellen. Die in der JU handelnden Personen haben es verstanden; anders als viele Sozialromantiker in der SPD, bei den Linken und der ein oder andere in der eigenen Partei. Michael Darda, Thomas Selders und juMIT-Sprecher NRW, Bruno Vinschen, ziehen da an einem Strang. Die Bezirksvorstände tagten dazu gemeinsam in lockerer Atmosphäre im Restaurant Rudolph's an der Rennbahn in Krefeld. Zukünftig soll es eine engere Zusammenarbeit geben. Für Ende 2009 ist eine gemeinsame Veranstaltung vorgesehen. Das Thema wird sich um die Finanzwirtschaft drehen. Darda und Selders formulierten die Maxime des Miteinanders, allerdings ohne Verlust der Selbständigkeit. MIT und JU verstehen sich als Streiter für die gemeinsame Sache und keinesfalls als Konkurrenten.

Aus dem Landesverband

Webgrrls auf Stippvisite in MIT-Landesgeschäftsstelle

Ungefähr 750 Mitglieder haben die Webgrrls, ein Business-Netzwerk für Frauen in den neuen Medien, und gerne fungierte die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW als Gastgeber für ein Treffen der weiblichen Fach- und Führungskräfte in Düsseldorf. Die Teilnehmerinnen der Düsseldorfer Regio-Gruppe treffen sich regelmäßig zum Erfahrungsaustausch, zum Mentoring oder zu Trainingsveranstaltungen. In Düsseldorf ging es diesmal um „Gehalts- und Preisverhand-

lungen – Jonglieren mit dem eigenen Wert“. Claudia Kimich coachte drei Stunden lang die Teilnehmerinnen und gab Tipps rund um das Verhandlungsgespräch. Natürlich networkt die MIT dauernd bei Verbänden und Unternehmen, aber die von den Webgrrls Renate Hermanns und Astrid Meier-Krei organisierte Veranstaltung in der Düsseldorfer Geschäftsstelle war schon etwas Besonderes und könnte seitens der MIT auch gerne einmal wiederholt werden.



Bei anderen gelesen...

Walters Sprechblasen

„Ansonsten: Sprechblasen, fünf Viertelstunden lang. Freiwillig verrät der Mann nichts. Und unter Druck schon gar nicht. ‚Die Welt wird nach der Krise nicht so sein, wie sie war‘, sagt Steinmeier. Und Frau Merkel ‚führt nicht so wie ich‘. Geht es um den Fall des nach Guantanamo verschleppten Deutsch-Türken Murat Kurnaz, verschanzte sich Steinmeier hinter seinen Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss... Angenehm sind ihm solche Fragen erkennbar nicht. Aber er zeigt tapfer das, was er für ein verbindliches, gewinnendes Lächeln hält.“

Quelle: Die Mitteldeutsche Zeitung (am 17.03.2009) zum Auftritt von Franz-Walter-oder-doch-nicht-Walter Steinmeier in der ARD-Talkshow „Beckmann“

Was tun bei „weißen Flecken“?

Infrastruktur ist alles für einen Standort – ganz gleich wie man sonst Wirtschaftspolitik beurteilt. Eine gute Lage an Schifffswegen, Autobahnen und Flughäfen ist der entscheidende Standortvorteil für viele Städte, nun kommt ein weiterer hinzu: Breitband-Infrastruktur. Ohne leistungsfähige Internetanschlüsse ist heute kein Mittelständler mehr anzusiedeln, Familien mit Kindern machen nur noch einen großen Bogen. Dennoch gibt es noch eine ganze Reihe von Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, die keine oder nur sehr unzureichende Breitband-Anschlüsse besitzen. Was also können betroffene Gemeinden tun? Wichtig ist im ersten Schritt eine schnelle Bestandsaufnahme mit einem kommunalen Breitbandkataster: Wo gibt es DSL-Anschlüsse in der Gemeinde und wo nicht, wie schnell sind die vorhandenen Anschlüsse? Gibt es Breitband über andere Technologien? Kabelfernsehen bietet heute bis 32 Mbit/s sofern es digital ausgebaut ist. Per Mobilfunk mit der Technologie UMTS/HSPA sind ebenfalls Bandbreiten bis 14,4 Mbit/s möglich. Wenn es trotzdem weiße Flecken gibt, gilt



Thomas Jarzombek (2. v.r.) MdL, medienpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

die Logik: Der Tiefbau ist bei allen Maßnahmen mit Abstand am teuersten, er macht bis zu 90 % der Kosten aus. Schritt 2 für das Kataster sollte daher eine Erfassung aller Leerrohre und verwertbarer Leitungen, bspw. der Stadtwerke, sein. Das bedeutet auch: Für alle Bauvorhaben neuer Straßen sind Leerrohre Pflicht. Schritt 3 ist nun Kostenermittlung: Welche Maßnahmen sind für eine Breitbandanbindung erforderlich? Baut die Telekom aus, wenn die Kommune selbst das kilometerlange Leerrohr verlegt? Zu welchen Kosten würden Konkurrenten wie Vodafone, Versatel und

Co. ausbauen? Kann UnityMedia Kabel verlegen? Wie sieht es mit Mobilfunk (UMTS/HSPA) aus? Generell gilt: Ein Angebot ist zu wenig. Erst wenn die Kommune einen genauen Kostenüberblick hat, kann losgelegt werden. Dabei ist mir wichtig, dass die Kommune selbst Werte schafft: Wenn das Leerrohr der Kommune gehört ist man genauso für Konkurrenten der Telekom offen wie auch für neue Technologien in einigen Jahren. Fördermittel gibt es vom Umweltministerium wie auch von der Staatskanzlei (für Gewerbegebiete), Mittel aus dem Konjunkturpaket II können auch für Breitband verwendet werden. Die Staatskanzlei und das neue Breitband Competence Center des Landes NRW stehen darüber hinaus mit Beratung und Best-Practice-Beispielen zur Verfügung. Die CDU-Landtagsfraktion bereitet zurzeit eine Initiative vor, um hier noch mehr zu fördern als bisher.

Eine Checkliste zu diesem Thema und alle Kontaktdaten von Ansprechpartnern stelle ich gerne zur Verfügung, eine kurze Email an thomas.jarzombek@landtag.nrw.de genügt.

MIT Herford

MIT trifft FU: Zukünftige Energieversorgung – zentrale Sorge von Vielen

Gast und Referent einer Mitgliederversammlung der Frauen Union Herford war Fritz Elbracht, Mitglied der MIT-Bundeskommission Energie und Umwelt, die sich mit Fragen zukünftiger Energieressourcen für unser Land und zugleich mit dem Schutz der Umwelt wissenschaftlich, technisch und wirtschaftlich auseinandersetzt. Er referierte zum Thema „Kernenergie – wie lange noch?“ In dem anschaulichen Power Point – Vortrag, ging es nicht nur um die Fortführung der Energiequelle Kernkraft, die laut Fritz Elbracht unverzichtbar sei, sondern auch um den Ausbau von neuen Sicherheits-Kernkraftwerken der sogenannten 4.Generation. Um den Bedarf an Energie langfristig zu erfüllen, sei der Mix der verschiedenen Energiearten erforderlich, also die Nutzung der laufenden Kraftwerke auf Kohlebasis, Solarbasis und Windkraft und Wasserkraftbasis. So bekäme man aus 1 Kg Steinkohle lediglich 8 Kilowattstunden Strom, aus 1 Kg Gasvorkommen nur ca. 16 Kilowattstunden je nach Gasqualität. Dage-

gen könne aus 1 Kg Uran 16.000.000 Mio. Kilowattstunden an Elektrizität erzeugt werden. In der Kernkraftenergie-Erzeugung strebe man mittlerweile an, dass eine Endlagerung abgebrannter Brennstäbe nicht mehr ausreiche, sondern dass es zur Aufbereitung und erneuten Nutzung der in den Brennstäben noch vorhandenen Reststrahlung komme. Also auch hier ein sinnvolles Recyclingziel wie bei anderen Abfällen auch. Dabei bliebe eine größtmögliche Sicherheit natürlich oberstes Gebot. Das bedeute auch, der Skepsis zu begegnen, mit denen viele Menschen heute die Kernenergie betrachten. Hier sei es notwendig, neben der Fortsetzung von Forschung und Entwicklung der Sachinforma-



Interessantes MIT-Referat in Herford. Von Links: Elisabeth Schober, Wilma Gadau, Marlies Echterdiek (FU-Ehrenvorsitzende), Regina Schuller-Risken (FU-Vorsitzende), Marion Maw, Alexander Elbracht, Maria Schütte, Gudrun Schliebener, Gabriele Schütte und Fritz Elbracht

tion gebührenden Vorrang einzuräumen. Aus der anschließenden Diskussion ergab sich, dass Fritz Elbracht mit seinen Aussagen die zentrale Sorge vieler Zeitgenossen getroffen hatte, die sich um eine gesicherte zukünftige Energieversorgung Gedanken machen.

**Daten/
Fakten**

Es gibt noch Einiges zu reformieren:

Beschäftigungsschutzregelungen und Verweildauer in der Arbeitslosigkeit bleiben drängendes Problem

Verweildauer in Arbeitslosigkeit 2006 (in Prozent)

	bis 3 Monate	3 – 6 Monate	über 6 Monate
Neuseeland		64,7	15,2
USA		67,5	14,7
Schweden		50,7	21,4
Australien		53,9	15,3
GB	38,9		20,1
Österreich		35,1	20,6
Frankreich	21,9	15,3	
Italien	16,6	13,7	
Deutschland	14,5	12,3	

Quelle: OECD, Bertelsmann Stiftung „Standort-Check Deutschland (2008)“

Der Standort-Check der Bertelsmann-Stiftung zog im vergangenen Jahr unter anderem auch Bilanz zu den Themen Regelungsichte beim Beschäftigungsschutz und Verweildauer in der Arbeitslosigkeit. Der OECD-Indikator zur Regelungsichte beim Beschäftigungsschutz im Jahre 1998 kam zum Ergebnis, dass Deutschland bei den unten betrachteten Vergleichsländern auf Platz 7 lag. Bis 2003 gab es hier keinerlei Verbesserung. Deutschland sackte sogar auf den 8. Platz (von 9). In dieser Analyse wird auch deutlich, dass es bei der Verweildauer in der Arbeitslosigkeit noch immer in Deutschland einen klaren Rückstand gibt. Deutschland war 2006 mit großem Abstand Letzter im kompletten Vergleich. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist nirgendwo so ausgeprägt wie bei uns und bei der Deregulierung des Kündigungsschutzes tut sich nichts. Gleichzeitig ergibt der Standort-Check, dass Deutschland immer noch zu den Ländern (mit Frankreich und Schweden) mit hohen öffentlichen Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik und hohen Kündigungshürden gehört. Ein Zusammenhang?

MIT Ennepe-Ruhr-Kreis

Thumann bei der MIT: „Ohne Kredite keine Arbeitsplätze“

Die Krise kommt beim Mittelstand an – das war die einhellige Meinung beim Jahresempfang der MIT im Henrichs (Industriemuseum). Dort warfen Redner und Gäste unter dem Motto „Bindeglied Mittelstand“ gemeinsam einen Blick auf die aktuellen Probleme. Vorsitzender Dr. Hans-Joachim Lauber warf in seiner Begrüßung Fragen zur aktuellen Krise auf: „Müssen wir uns Sorgen machen?“ Rasch kam er zum Thema Opel. „Gibt der Staat Geld, zahlt der Steuerzahler unter Umständen einer unfähigen Muttergesellschaft die Sanierung der angeschlagenen deutschen Tochtergesellschaft.“ Angesichts von Rettungsfonds und Konjunkturprogrammen stellte er die Frage: „Wie viel Staat verträgt die Wirtschaft?“ Dabei beruhigte der örtliche CDU-Abgeordnete Dr. Ralf Brauksiepe: „Die CDU hat nicht die Ambitionen, irgendwen zu enteignen. Der Staat ist nicht der bessere Banker oder Unternehmer.“ Hauptredner Jürgen R. Thumann, Vize-Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), fand zu Opel klare Worte: „Die schlichte Wahrheit ist, dass private Investoren nicht gerade Schlange stehen.“ Er befürwortete die Unterstützung der Kreditinstitute durch den Staat: „Die reibungslose Kreditvergabe ist für den Mittelstand überlebenswichtig. Ohne Kredite keine Investitionen, keine Innovationen, kein Wachstum und keine Arbeitsplätze. Der Staat ist aber keineswegs grundsätzlich der Retter in der Not“, so Thumann.

„In den letzten drei Quartalen ist das Bruttoinlandsprodukt jeweils geschrumpft. Ironisch fügte er hinzu: „Das einzige, das seit Dezember steigt, ist die Arbeitslosigkeit.“ Hier ist die Politik gefordert: „Steuersenkungen und öffentliche Investitionen müssen rasch umgesetzt werden. Sie erzeugen Nachfrage, legen den Keim für das Wachstum nach der Krise.“

Des Weiteren forderte er Nachbesserungen im Erb- und Steuerrecht und übte Kritik an der Unternehmenssteuerreform. Ganz besonders nahm er die Zinsschranke ins Visier. „Bei steigendem Zinsniveau und deutlichen Gewinnrückgängen fallen immer mehr Unternehmen darunter. Liquidität wird ver-

ringert und dies setzt ungewollt einen innovationsfeindlichen Kreislauf in Gang.“ Auch Dr. Christoph Konrad MdEP, stellvertretender Landesvorsitzender der MIT, mahnte mehr Transparenz auf den Finanzmärkten an: „Die Produkte müssen bewertbarer sein.“

Zu Eurozone und dem Binnenmarkt erklärte er: „Sie sind Stabilitätsfaktoren in der Krise.“ Der MIT-Spitzenkandidat für die Europawahlen ergänzte zu Opel, es handele sich bei der Rettung nicht um eine systemische Frage. „So lange es keinen neuen Investor mit Patenten und einem Konzept gibt, brauchen wir nicht über staatliche Bürgschaften nachzudenken.“



Von Links: Dr. Hans-Joachim Lauber, Dr. Christoph Konrad MdEP, Jürgen R. Thumann, Dr. Ralf Brauksiepe MdB und Klaus Hagedorn

Neues aus dem PKM im Bundestag:

Eine Wettbewerbsverzerrung durch gemeinnützige Einrichtungen

In den so genannten Verdingungsausschüssen erarbeiten Auftraggeber und Auftragnehmer seit Jahrzehnten gemeinsam die konkreten Vorschriften der öffentlichen Auftragsvergabe. Mit den einzelnen Verdingungsordnungen setzen sie wirtschaftsnah materielles Recht und lassen dabei bewährte Praxiserfahrung einfließen. Nach den bislang geltenden Bestimmungen dürfen gemeinnützige Einrichtungen an Ausschreibungen nicht teilnehmen. Nun setzt sich das SPD-geführte Bundesverkehrs- und -bauministerium zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden dafür ein, im Rahmen der laufenden Novellen von VOB und VOL diese Ausschlussregelung gegen die Stimmen der Wirtschaftsvertreter in den Gremien zu streichen.

Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung dringend aufgefordert, von den geplanten Änderungen wieder Abstand zu nehmen, um unfairen Wettbewerb zu vermeiden. Dass diese Problematik längst Realität ist, zeigen zahlreiche Beschwerden aus dem Handwerk. Immer öfter gründen Kommunen neue Beschäftigungs-, Fort- und Weiterbildungsgesellschaften, die dem Mittelstand vor Ort das Leben schwer machen. Vor allem im Baubereich häufen sich seit Jahren Fälle, in denen normale Betriebe von gemeinnützigen Anbietern unterboten werden. Denn diese genießen gegenüber ihren privaten Konkurrenten gleich mehrere unschlagbare Preisvorteile: Für ihre Leistungen müssen sie zum einen keinen oder nur

den reduzierten Mehrwertsteuersatz berechnen. Zum anderen haben sie oftmals ungleich geringere Arbeitskosten durch Beschäftigung von ALG-II-Empfängern, die nur eine Mehraufwandsentschädigung von einem Euro erhalten.

Das Baugewerbe zahlt hingegen nicht nur regulär Umsatzsteuer und den tariflichen Mindestlohn, sondern auch Beiträge an Sozialkassen und Berufsgenossenschaften. Gerade in der sich verschärfenden Rezession sollte die Politik alles unterlassen, was die mittelständische Wirtschaft belastet. Deshalb muss es aus Sicht des PKM zwingend beim Ausschluss gemeinnütziger Einrichtungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe bleiben.

„Öl gibt es doch nur noch für 40 Jahre, oder?“

Öl ist nach wie vor der größte Energieträger auf der Welt. Rund 40 Prozent des Weltenergiebedarfs werden mit Öl gedeckt. Mehr als 80 Prozent sind fossile Energien (außer Öl noch Gas und Kohle) und Kernenergie. Also – wenn einer dieser Energieträger morgen wegfielen, hätten wir ein Problem.

Schon 1940 hieß es: „Öl wird es nur noch für 21 Jahre geben.“ Im Jahr 2006 sprach man von einer „Ölreichweite“ von 46 Jahren. Alle diese Zahlen sind richtig und falsch zugleich. Wie kommt es zu diesen Prognosen? Ganz einfach, sie werden aufgrund einer Formel berechnet. Diese Formel legt nur die bereits entdeckten Ölvorkommen zugrunde, die mit heutiger Technik zu wirtschaftlichen Bedingungen gefördert werden können. Diese Menge wird dann auf den zu erwarteten Verbrauch (inklusive der Zuwächse in Indien und China) hochgerechnet – und schon hat man eine Zahl: 46 Jahre! Man berücksichtigt nicht, was man an Ölvorkommen noch nicht entdeckt hat (und es werden jedes Jahr gewaltige neue Vorkommen entdeckt – wie voriges Jahr vor der Küste Brasiliens) und man berücksichtigt nicht, was man durch immer bessere Fördermöglichkeiten und größere Ausbeute aus den heutigen Ölfeldern herausholen kann.

Das Öl befindet sich ja nicht in einer unterirdischen Luftblase, wo es einfach abgepumpt werden könnte, sondern es ist umgeben von Steinschichten oder in Sand gebunden, wo es erst



Dieter Bischoff, Stellvertretender Landesvorsitzender der MIT NRW und Vorsitzender des Arbeitskreises Energie und Umwelt des MIT-Bundesverbandes.

mal gelöst werden muss. Es ist wie bei einer Schwarzwälder Kirschtorte. Was interessiert einen daran wirklich? Es ist doch nicht die Schlagsahneschicht oben drauf. Man will an die Schicht mit dem Schnaps. Und dafür muss man bohren! Bei Beginn der Bohrungen in der Nordsee war man stolz, eine Wassertiefe von 75 Metern zu erreichen. Später hielt man 200 Meter für das maximal Erreichbare. Heute bohrt man in der Nordsee schon über 400 Meter tief. Im Golf von Mexiko fängt man bei einer Wassertiefe von 1.463 Metern an zu bohren und geht jetzt auf 1.800 Meter. Und man hat jetzt auch entdeckt, wie man quer bohren kann. Bohrtechniken von vor 30 Jahren taugen heute nur noch fürs Museum. Und – wo man früher nur eine

Ausbeute von 30 Prozent hatte, werden heute schon 50 Prozent erwartet und in der Spitze 70 Prozent erreicht.

Auch in 40 Jahren wird es heißen: „Öl gibt es nur noch für 40 Jahre“ – aber vielleicht brauchen wir es dann gar nicht mehr. Feuersteine waren einst die wertvollsten Güter unserer Urahnen. Wenn heute einer mit einer Ladung Feuersteine käme, würden wir fragen: „Wo soll ich hin damit?“ Unsere Urenkel werden möglicherweise ähnlich reagieren, wenn wir Ihnen einen Tanker mit Öl vor die Türe stellen. Wie sagte schon der ehemalige saudiarabische Ölminister Jamani: „Das Ölzeitalter wird nicht aus Mangel an Öl zu Ende gehen. Die Steinzeit ist ja auch nicht aus Mangel an Steinen zu Ende gegangen.“

Wir können uns heute noch gar nicht vorstellen, womit wir unseren Energiebedarf in 150 Jahren decken werden. Konnte sich vor 150 Jahren auch nur ein einziger Mensch vorstellen, dass wir eines Tages schnurlos mit jedem Menschen auf der Welt zu jeder Zeit und an jedem Ort telefonieren können? Jedenfalls bleibt die Skepsis gegenüber Prognosen, erst recht wenn sie sich auf die Zukunft beziehen. Botschaften, wie „Weg vom Öl“ sind genauso simpel wie falsch. Eine vernünftige Politik findet den mittleren Weg und sichert sich mit einem ausgewogenen Energiemix gegen Veränderungen im Ressourcenzugang ab und kluge Politiker glauben nicht zu kurz greifenden Parolen.

Impressum

Herausgeber: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion: Klaus Gravemann (verantwortlich), Stefan Simmnacher, Julia Lüdecke

Postfach 20 02 80, 40100 Düsseldorf, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf, Tel.: 02 11–1 36 00 43/44/45, Fax: 02 11–1 36 00 42/8 54 95 97

Internet: <http://www.mit-nrw.de>, e-mail: info@mit-nrw.de

Verlag & Gestaltung: Mittelstands-Verlagsgesellschaft mbH, Martin-Luther-Straße 2–6, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 022 41/91 33-0, Fax: 91 33 33

Druck: Evers-Druck, Meldorf